

Gemeinsame Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa (26. Juni 1962)

Quelle: Sammlung der Pressemitteilungen und Erklärungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa 1955-1965. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1966. 131 S.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gemeinsame_erklarung_des_aktionskomitees_fur_die_vereinigten_staaten_von_europa_26_juni_1962-de-7f217101-75a4-4425-8055-c5a613a3e845.html

Publication date: 20/10/2012

Gemeinsame Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa (26. Juni 1962)(1)

I.

Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, dem fast alle politischen Parteien unserer sechs Länder sowie die freien und die christlichen Gewerkschaften, die zehn Millionen Arbeitnehmer vertreten, angehören,

ist der Auffassung, daß die wirtschaftliche und politische Einheit Europas einschließlich Großbritanniens sowie die Herstellung einer auf voller Gleichberechtigung begründeten Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika allen die Möglichkeit bieten, den Westen in sich zu festigen und auf diese Weise die Voraussetzungen für den Frieden zwischen West und Ost zu schaffen.

Wird dieser schwierige und vielleicht auch langsame Weg, der jedoch unvermeidlich ist und mit Sicherheit zum Ziele führt, nicht beschritten, so bleibt nach Ansicht des Komitees für unsere getrennten Länder nur ein Weg der Abenteuer sowie die Aufrechterhaltung jenes Gefühls der Überlegenheit und des Machtstrebens, die gestern Europa beinahe ins Verderben geführt haben und jetzt die ganze Welt mit in den Abgrund reißen könnten.

Um eines Tages ihr Ziel, die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa, das den Fortschritt in der Festigung des Westens ermöglicht, zu erreichen, sind unsere Länder Schritt für Schritt vorwärtsgegangen. Sie haben die konkreten Probleme der wirtschaftlichen Integration — Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Euratom, Gemeinsamer Markt — geregelt; sie haben dabei jedoch niemals versucht, alle Probleme gleichzeitig zu lösen.

Heute sind neue konkrete Schritte möglich und notwendig. Es geht dabei um den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft und um den Abschluß eines Vertrages, der den Anfang einer politischen Union darstellt.

Die politischen Parteien und die Gewerkschaften, die dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa als Mitglieder angehören, sind der Auffassung, daß die Verhandlungen

— für den Eintritt Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft auf gleicher Grundlage wie die sechs Länder und

— für den Abschluß eines Vertrages, der den Beginn einer Politischen Union ermöglichen würde,

schnell zum Abschluß gebracht werden müssen.

II.

1. Die Aussichten, die sich heute für Europa eröffnen, sind dadurch ermöglicht worden, daß sich die Länder Europas bereitgefunden haben, ihre wirtschaftlichen Probleme nicht mehr als nationale, sondern als gemeinsame Probleme zu betrachten. Um sie zu lösen, wenden sie eine neue Methode des gemeinschaftlichen Handelns an.

Nach einer Zeit der Versuche entstand daraus ein ständiger Dialog zwischen einer europäischen Institution, deren Aufgabe es ist, Lösungen für die gemeinsamen Probleme vorzuschlagen, und den nationalen Regierungen, die die nationalen Gesichtspunkte zum Ausdruck bringen.

Diese Methode ist völlig neuartig; sie kennt keine Zentralregierung, aber sie führt innerhalb des Ministerrates zu gemeinschaftlichen Entscheidungen, insbesondere weil die unabhängige europäische Institution Lösungen für die gemeinsamen Schwierigkeiten vorschlägt, so daß auf das Erfordernis der Einstimmigkeit mit guten Gründen verzichtet werden kann. Das Europäische Parlament und der Gerichtshof

unterstreichen den Gemeinschaftscharakter dieses Ganzen.

Diese Methode stellt die wirkliche „föderative Kraft“ Europas dar.

2. Der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft als Mitglied mit gleichen Rechten und Pflichten unter den im Vertrag von Rom vorgesehenen Bedingungen wird die Einheit Europas stärken und eine Union von 240 Millionen Einwohnern schaffen. Diese Union wird allen ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu einem gesteigerten wirtschaftlichen Fortschritt bieten. Diese Expansion muß unter andern den Ländern des Commonwealth zugute kommen.

Die Teilnahme Großbritanniens an dem Anfang einer europäischen politischen Union wird Europa einen erhöhten Einfluß auf das Weltgeschehen sichern. Einen solchen Einfluß können weder Großbritannien noch unsere Länder getrennt ausüben.

Als Mitglied wird Großbritannien zur Erhöhung der Leistungskraft einer Gemeinschaft beitragen wollen, die ein solches Wirken Europas ermöglicht und die von fortan ebensowohl seine wie unsere Gemeinschaft sein wird. Der Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt wird zwangsläufig eine Änderung im Verhalten Großbritanniens herbeiführen, so wie sich das Verhalten jedes unserer sechs Länder geändert hat.

3. Ebenso wie wir genötigt waren, die vergangenen Formen der nationalen Wirtschaftsbeziehungen zu ändern, um einen europäischen Gemeinsamen Markt errichten zu können, gilt es auch, stufenweise die Formen der nationalen politischen Beziehungen umzubilden, um damit zu einer einheitlichen politischen Sicht zu kommen.

Es ist zur Zeit noch nicht möglich, auf die Außenpolitik die gleichen Regeln anzuwenden und für sie die gleichen Institutionen zu schaffen, die den materiellen Problemen der Wirtschaft angemessen sind.

In der Anfangszeit wird es deshalb noch nicht möglich sein, über ein System der reinen Zusammenarbeit hinauszugehen. Jedes Abkommen, das darauf abzielt, muß in eindeutiger Weise die Kontinuität und die Zukunft der wirtschaftlichen Integration, welche das Fundament der politischen Einheit bildet, sicherstellen. Diese politische Integration soll weder jetzt noch später in Frage gestellt werden können.

Wenn daher die Staatsoberhäupter und Regierungschefs gemeinsam Fragen erörtern, die zum Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaften gehören, müssen sie zwangsläufig in Übereinstimmung mit den Vorschriften und Verfahren jener von den Staaten ausgearbeiteten Verträge handeln.

Schon jetzt muß klar zum Ausdruck gebracht werden, daß nach Ablauf der Zeit der reinen Zusammenarbeit durch die Überprüfung der von den Staaten übernommenen Verpflichtungen die Möglichkeit geschaffen werden muß, die gleiche Methode, die bereits zur wirtschaftlichen Einigung Europas geführt hat, schrittweise auf dem politischen Gebiet anzuwenden.

4. Während sich die wirtschaftliche Integration Europas festigt und seine politische Union ihren Anfang nimmt, muß gleichzeitig die bereits zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Ländern Europas bestehende Zusammenarbeit stufenweise zu einer Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika ausgestaltet werden.

Hierbei handelt es sich um eine Partnerschaft zwischen Amerika und dem Vereinigten Europa, das heißt zwischen zwei verschiedenen, aber gleichermaßen mächtigen Einheiten, bei der jeder Partner seinen Teil der gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Welt übernimmt. Diese Partnerschaft ist naturgegeben und unvermeidbar, da ja die Völker Europas und Amerikas an der gleichen, auf die Freiheit gegründeten Zivilisation teilhaben und ihr öffentliches Leben nach gemeinsamen demokratischen Grundätzen führen.

Ebenso wie die Schaffung Europas das Ergebnis konkreter Fortschritte ist, die gemeinsam und Schritt für Schritt von den Ländern Europas erzielt worden sind, wird auch die neue Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa das Ergebnis konkreter und geduldiger Bemühungen zur

Lösung gemeinsamer Probleme darstellen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich der Westen vor immer zahlreichere wirtschaftliche Probleme gestellt sieht, die weder Amerika allein noch Europa allein lösen können.

Gleichviel ob es sich um die Durchführung einer Politik der anhaltenden Wirtschaftsexpansion, um die Stabilität der westlichen Währungen, um die landwirtschaftlichen Probleme in einer immer stärker industrialisierten Gesellschaft, um die Hilfe für die Entwicklungsländer, die Beziehungen zu den in der Industrialisierung begriffenen Ländern handelt, alle diese Probleme können nur von Europa und Amerika gemeinsam gelöst werden, da sie nur gemeinsam über die erforderlichen Mittel verfügen.

5. Diese Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika darf sich nicht nur auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken. Sie muß sich schnell auf den militärischen und den politischen Bereich ausdehnen. Beide Partner sehen sich gemeinsam Gefahren gegenübergestellt, deren größte sich aus dem Konflikt mit dem Osten ergibt.

Dieser Ost-Westkonflikt und vor allem das Abrüstungsproblem können nicht gelöst werden, wenn sich nicht das Zukunftsbild auf beiden Seiten ändert. So lange der Westen den Eindruck erweckt, daß seine Spaltung möglich wäre, wird die Sowjetunion nicht zu Abkommen geneigt sein, da sie dann stets in dem Glauben leben wird, sie könne das Gleichgewicht in der Welt umstürzen.

Wenn jedoch Amerika und Europa es allen deutlich erkennbar gemacht haben, daß sich der Westen aus eigenem Antrieb und nicht unter äußerem Druck wandelt und daß er seine Einheit für lange Zeit festigt, dann werden alle Voraussetzungen für eine dauerhafte friedliche Regelung zwischen dem Osten und dem Westen geschaffen sein.

(1) Die EntschlieÙung wurde nicht während einer Sitzung des Komitees veröffentlicht.